Katholische Bischöfe: Flüchtlinge nicht in Illegalität drängen

7. März 2016

Berlin (KNA) Die Deutsche Bischofskonferenz warnt vor einer Abdrängung von Flüchtlingen in die Illegalität. Dazu könnten schärfere asylrechtliche Regelungen führen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Norbert Trelle, am Mittwochabend bei einer Tagung in Berlin. Nach jüngsten Medienberichten ist den Behörden der Aufenthalt von 130.000 Asylsuchenden nicht bekannt.

Der Staat habe zwar das Recht, Einreise und Aufenthalt von Zuwanderern zu regulieren, räumte der Vorsitzende der bischöflichen Migrationskommission ein. Alle staatlichen Maßnahmen müssten jedoch zugleich „einem höheren Ziel dienen: der Wahrung der individuellen Würde jedes einzelnen Menschen – unabhängig von seiner Herkunft und unabhängig von seinem rechtlichen Status“.

Trelle sprach zum Auftakt der zwölften Jahrestagung des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“, das er ebenfalls leitet. Dabei beraten Experten bis Freitag über rechtliche Fragen und soziale Probleme, die mit irregulärer Migration verbunden sind. In diesem Jahr geht es vor allem um „Menschen ohne Papiere im Schatten der neuen Integrationsdebatte“.

Der Hildesheimer Bischof betonte, seit Gründung des Forums vor zwölf Jahren seien einige Verbesserungen für Zuwanderer ohne Aufenthaltsstatus erreicht worden. So seien Schulen und Kindertagesstätten seit 2011 nicht mehr verpflichtet, den Aufenthaltsstatus eines Kindes den Behörden zu melden und damit dessen Familie der Gefahr auszusetzen, abgeschoben zu werden. In der Praxis sei diese Neuregelung jedoch noch nicht überall bekannt, kritisierte Trelle.

Stand: 13. November 2026